

Peter Amadeus Schneider:
Kommunale Kulturpolitik - Illusion? Oder Chance?

Beitrag zum KulturKongress 2008
des Landeskulturverbands Schleswig-Holstein

6. November 2008
Kiel, Landeshaus

Blick in die Provinz

Zunächst soll ein kurzer Blick in die Provinz geworfen werden. Das passende *bonmot* ist nicht neu: „Provinz“ ist nicht eine Frage der Geografie, sondern eine Frage der Einstellung. Über Provinz bzw. über provinzielles Verhalten gibt es viele Klischees. Leider sorgen viele Kommunen dafür, dass sich eine ganze Reihe der Klischees als Realität herausstellen. Und ehrlich gesagt: Der Ort, aus dem ich komme, macht - mindestens, was die Kulturpolitik betrifft - bedauerlicher Weise keine Ausnahme.

Ich komme aus einer Gemeinde in Westfalen in unmittelbarer Nachbarschaft der westfälischen Hauptstadt Münster. Münster hat es einerseits zum Titel „Lebenswerteste Stadt der Welt“ geschafft und andererseits den Wettbewerb um die „Kulturhauptstadt 2010“ knapp verloren. Und die Bürgerinnen und Bürger haben durch einen Bürgerentscheid den Bau einer dringend notwendigen Musikhalle verhindert. Und das, obwohl eine Stiftung bereits Gelder in Millionenhöhe hierfür eingesammelt hatte. Das als erste Bemerkung zum Thema „Provinz“.

Die Kommune, in der ich arbeite, hat etwas mehr als 20.000 Einwohner. Seit 2005 wird nicht mehr kameralistisch sondern kaufmännisch Buch geführt. Die jährlichen kommunalen Haushalte sind in der Regel strukturell unausgeglichen, was aber weniger mit den Qualitäten der Kämmerei zu tun hat, sondern mehr mit der Mentalität der Gebietskörperschaften, die sich durch Umlagen finanzieren. (Es wäre von nicht geringem Reiz, gerade im Hinblick auf die eben zurückgestellten Ideen der Strukturreform in dem Bundesland Schleswig-Holstein, ein paar zynische Bemerkungen zur Existenzberechtigung von Kreisen zu machen, doch dafür ist leider hier nicht der passende Ort.)

Besagte Gemeinde in Westfalen also verfügt über so einiges nicht, was zum vertrauten Feld städtischer kulturpolitischer Aktivitäten gehört. Die kommunale

Musikschule wurde vor vier Jahren geschlossen, wenige Wochen vor der letzten Kommunalwahl. Alle öffentlichen Bibliotheken sind in kirchlicher Trägerschaft und werden durchweg ehrenamtlich geführt. Konzerte und Ausstellungen werden von einem Kulturverein veranstaltet. Diverse Chöre und Orchester leisten ihre Beiträge zum Veranstaltungskalender. Museen sucht man vergeblich - was ich allerdings im Hinblick auf die in den letzten Jahren inflationär landauf landab entstandenen Heimatmuseen nur begrenzt zu bedauern im Stande bin: die Freunde historischer Ackergeräte mögen mir das nachsehen.

Ist das eine stichwortartige Schilderung einer Kulturwüste?

Sie ahnen es schon: Das Gegenteil ist der Fall. Ohne nennenswerte kommunale Zuwendungen gibt es in diesem vergleichsweise kleinen Ort ein bemerkenswertes Kulturleben. Jazz-Festivals, Oratorienkonzerte, Kabarett-Abende, Orchesterkonzerte, Kunstausstellungen, Künstlerbörsen, literarische Abende, Theaterwochenenden, Lesenächte, crossover-dates, internationale Begegnungen, Geschichtswerkstätten, etc. etc.

Und unter der wichtigen Unterscheidung, dass das Wort „professionell“ eben sowohl als Adjektiv wie auch als Adverb genutzt werden kann, verdienen viele der eben aufgezählten Beispiele dieses Attribut.

Und das alles ohne eine nennenswerte finanzielle Förderung der Kommune.

In kleinen Städten gehen manche Uhren anders als in größeren. Man kann nicht sagen, dass sie langsamer gingen, oder dass die Uhrwerke von geringerer Qualität wären, sie gehen nur einfach anders.

Viele Entwicklungen der letzten Jahre haben auch in kleineren Kommunen stattgefunden. Da war zunächst die Euphorie der Achtziger-Jahre, in denen man noch in Veröffentlichungen lesen konnte, dass sich kulturelle Angebote und Einrichtungen einer deutlich zunehmenden Beliebtheit des Publikums erfreuen. Bibliotheken, Musikschulen, Theater, Volkshochschulen, soziokulturelle Zentren, - um eine

(fast) zufällige Auswahl zu nennen -, waren erfolgreich in ihrer Arbeit und damit auch erfolgreich in der Einwerbung von öffentlichen Mitteln.

Mit der (fast zufälligen) Wahl der Beispiele soll eine Idee der Vielfalt kommunaler Kultur gegeben werden: Auf der gut erkennbaren Spur des klassischen Bildungs-ideals ebenso wie auf den Pfaden alternativer Kulturarbeit, gleichermaßen aktiv wie rezipierend, und oft eng verzahnt mit der Bildung. (An anderer Stelle sollte man dieses eigenartige Gegensatzpaar „alternativ“ und „klassisch“ einmal beleuchten, aber dazu fehlt hier der Raum.)

Die dafür erforderlichen öffentlichen Gelder wurden überwiegend von den Städten und Gemeinden bereitgestellt. Gewiss, auch die Kulturhaushalte der Länder enthielten erhebliche Gelder, aber der in Summe größere Anteil stammte von den Kommunen. Kulturpolitik hieß Kulturförderung, und Kulturförderung hieß in vielen Fällen primär finanzielle Förderung.

Ich bitte darum, diese Ansicht als kritische Selbsteinschätzung eines früher Kulturschaffenden zu sehen, der seinen Beitrag zu diesen Gleichungen geliefert hat.

Heute erscheinen mir die Gleichungen „Kulturpolitik = Kulturförderung“ und „Kulturförderung = Finanzielle Förderung“ zu einfach.

Ich möchte damit keinesfalls den Wert der einschlägigen Forschungen, Kongresse und Veröffentlichungen klein reden, die ihre überzeugenden Begründungen für diese Art Kulturpolitik geliefert haben. Und gerade, weil ich nach Zeiten des Künstlers und Pädagogen und nach Zeiten des Kulturvermittlers heute den Blick des Verwaltungspraktikers vertrete, äußere ich meinen Respekt vor diesen Leuchttürmen der Kulturarbeit: einige sind ja gestern und heute anwesend und verleihen diesem Jubiläums-Kultur-Kongress einigen Glanz.

Es mag sein, dass mein persönlicher Blickwinkel durch die Arbeit in einem kleinen Ort geprägt und begrenzt ist. Dennoch wage ich die Behauptung, dass ein großer Abstand besteht zwischen der Theorie der Kulturpolitik einerseits und der praktischen Realität andererseits. Nur so ist meines Erachtens zu erklären, dass zum einen vielerorts Kulturarbeit überwiegend mit Zuschüssen definiert wurde, und dass zum zweiten in Zeiten engerer Gürtel mit großer Geschwindigkeit die Volumina der

Zuwendungen reduziert wurden: Die Entscheidungsträger der Kürzungen waren zu weit weg von den Fachleuten, und eine einflussreiche Lobby war nicht entstanden.

Und so komme ich zu zwei Thesen, die meines Erachtens bestehenden Illusionen der kommunalen Kulturpolitik betreffend. Über Zustimmung freue ich mich ebenso wie über Widerspruch.

Erste Illusion

Die erste Illusion ist, der Weg der Kulturförderung vergangener Jahre sei erfolgreich gewesen. Ich begründe das wie folgt:

a) Auch in Zeiten besserer Finanzausstattungen ist es nicht gelungen, wichtige Qualitätsmerkmale erfolgreicher Kulturpolitik zu erzielen. Von einer signifikanten Erhöhung des Anteils so genannter bildungsferner oder benachteiligter Schichten an dem Kreis der Nutzer der Kulturangebote kann nicht gesprochen werden. Zwar sind die Angebote vielseitiger geworden, ein wirklich nachhaltiges Ergebnis bei der Verbesserung der Integration von bestimmten Bevölkerungsgruppen konnte ich nicht beobachten.

b) Die Verteilung der zur Verfügung stehenden Mittel unterliegt häufig ungünstigen Sachzwängen. Ein Beispiel: Bei aller Begeisterung für ein funktionierendes Tarifvertragswesen müssen wir feststellen, dass es überall dort, wo kommunale Einrichtungen wie zum Beispiel städtische Bühnen mit Planstellen bestehen, es in der Regel den „freien“ Institutionen, wie zum Beispiel den freien Theatern, weniger gut geht. Schließlich bieten die Zuwendungen an solche (freien) Einrichtungen den zunächst leichteren Spielraum für Mittelkürzungen. Das gilt insbesondere dann, wenn die Zuwendungen als Projektförderung und nicht als institutionelle Förderung gewährt werden.

c) Die Partizipation der Bürgerinnen und Bürger an den kulturpolitischen Entscheidungen ist zu gering. Häufig werden Investitions- und Per-

sonalentscheidungen ausschließlich von Räten oder Ratsausschüssen ohne bemerkenswerte Bürgerbeteiligung getroffen. Auch wenn die Zahl der Kulturdezernenten und der Kulturamtsleiter in der letzten Zeit abgenommen hat, so ist die Gestaltung der Kulturprogramme doch immer noch oft durch die Neigung zur individuellen Selbstverwirklichung geprägt und weniger durch eine gerade in diesem Bereich so wichtige und motivierende Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger gekennzeichnet.

d) Häufig haben kulturelle Angebote die gewünschten Adressaten nicht erreicht: die Kommunikation zwischen Anbieter und Publikum funktionierte nicht wie erhofft. Häufig wurde als Ursache das „dumme Publikum“ und nicht etwa eine mangelhafte Vermittlung oder ein unzureichende Marketing identifiziert.

e) Die Kulturarbeit der finanziell besser ausgestatteten Jahre hat nicht bewirkt, bei den politischen Entscheidungsträgern das Gefühl der Unverzichtbarkeit der Kulturarbeit hervorzurufen.

Zweite Illusion

Die zweite Illusion, oder besser Fehleinschätzung: Angeblich führen die Einsparungen zwangsläufig in allen Bereichen zu einer Verarmung der Kultur, aus meiner Sicht ist das nur zum Teil der Fall.

a) Es muss differenziert werden. Kürzungen bei Kulturinstitutionen sind anders zu bewerten als Reduzierungen von Zuwendungen für andere kulturelle Zwecke. Wenn beispielsweise Theater, Museen oder soziokulturelle Zentren ihren Auftrag nicht mehr sinnvoll erfüllen können, muss man natürlich von einer Verarmung sprechen; nicht selten sind die Einrichtungen in ihrer Existenz bedroht.

b) Das private Engagement wird stärker. Die Gründung von Stiftungen ist zunehmend zu beobachten. Mäzenatentum und Sponsoring ist durchaus in Mode. In der Kreisstadt „meines“ Landkreises hat eine Unternehmerfamilie schon vor einiger Zeit ein Museum mit Veranstaltungssaal

errichtet und nun vor kurzem ein Konzerttheater gebaut. Allerdings nimmt der Mäzen auch prägenden Einfluss auf den Spielplan.

c) Ehrenamtliches Engagement hält Bibliotheken, Einrichtungen der Erwachsenenbildung, Kulturzentren aufrecht und veranstaltet kulturelle Veranstaltungen. Die Beteiligten verstehen ihren Einsatz dabei durchaus nicht als Lückenbüßer, weil die Kommune sich zurückgezogen hat, sondern als Beitrag zur persönlichen Verwirklichung. Motivierend wirkt dabei die Aussicht, auch inhaltlich prägend sein zu können.

Damit wir uns nicht falsch verstehen: Ich möchte keinesfalls die Kürzungen öffentlicher Mittel rechtfertigen. Meine These ist lediglich, dass die beiden Gleichungen „Viele Zuschüsse = gute Kulturpolitik“ bzw. „Wenig Geld = schlechte Kulturpolitik“ zu einfach sind, um haltbar sein zu können.

Ziel meiner Überlegungen ist, angesichts der finanziellen Enge, - nicht der finanziellen Enge der kommunalen Haushalte, sondern der finanziellen Enge der von Kürzungen betroffenen Einrichtungen! -, über die Frage nachzudenken, ob nicht andere kulturpolitische Wege beschritten werden müssen.

Und so möchte ich nach den Illusionen auf Chancen und Perspektiven zu sprechen kommen.

Perspektiven

Angesichts der Sparzwänge auf allen Ebenen müssen Forderungen nach Erhöhung der öffentlichen Mittel utopisch erscheinen. Selbst die Forderung nach gleichbleibender Förderung, was ja gleichbedeutend ist mit einer realen Minderung, scheint in der Regel unrealistisch. Ein resignierendes Nachlassen der Forderungen nach Mittelerrhöhung hätte allerdings unmittelbar einen weiteren Kahlschlag des öffentlichen Engagements zur Folge: deshalb dürfen Institutionen und Verbände keinesfalls in ihren Forderungen nachlassen.

Neben der Utopie eines Mittelzuwachses stellen sich die Fragen zum einen nach umsetzbaren Ansätzen und zum anderen auch nach kulturpolitisch erfolgreichen Wegen - wenn wir schon unterstellen, dass die Menge des Geldes nicht der Garant für erfolgreiche Kulturpolitik ist.

Hierzu sind Leitgedanken zu formulieren. Diese Leitgedanken werden zwangsläufig in mittleren und großen Kommunen anders aussehen als in einer kleinen Gemeinde. Und für Kreise und Regionen stellt sich die Formulierung der Ziele wieder anders dar.

Bei der Formulierung der Leitgedanken muss der soziale Auftrag der Kulturpolitik im Vordergrund stehen und nicht der Versuch, eine Haushaltskonsolidierung zu Lasten der Kulturausgaben auch noch inhaltlich zu begründen.

Ich formuliere aus meiner Sicht ein paar mögliche Leitgedanken:

Kultur ermöglichen, statt Kultur veranstalten

Aus der Sicht einer kleinen Gemeinde muss die aktuelle Kulturpolitik vorrangig darin bestehen, Kultur zu ermöglichen. Soweit nicht längst aus finanzieller Not geschehen, gilt es Abschied zu nehmen von der Idee, es sei eine Aufgabe der öffentlichen Hand, Kultur zu veranstalten. Ich betone noch einmal, das formuliere ich aus der Sicht einer kleinen Kommune, die weder ein eigenes Theater betreibt, noch ein Sinfonieorchester unterhält oder Museen trägt.

Ich gebe zu, es lebt sich gut in geringer Entfernung von einer größeren Stadt mit attraktivem Kulturangebot. Und manche spannenden Veranstaltungen findet man gerade deshalb in den kleinen Orten und nicht in den großen, weil in den Städten die Kürzungen des Kulturetats zuerst an den freien Ansätzen im Kulturetat vorgenommen werden, denn beispielsweise durch Tarifverträge vorgegebene Personalkosten oder unvermeidliche Betriebsausgaben lassen oft Kostenreduzierungen bei den

Kultureinrichtungen nicht zu. So müssen Einsparungsvorgaben, so wie sie oft pauschal von Politikern vorgegeben werden, im freien Bereich dargestellt werden.

Diese Zwickmühle ist in kleinen Kommunen in der Regel unbekannt. Dafür müssen kleine Kommunen mit nur minimalen Ressourcen auf irgendeine Weise ihren Auftrag erfüllen - und damit begründe ich den eben geäußerten Vorschlag, die kleine Kommune solle ihren Auftrag primär darin sehen, kulturelle Aktivitäten zu fördern, anstatt ihren Ehrgeiz in ein eigenes kommunales Kulturprogramm zu setzen.

Die inhaltliche Einflussnahme wird dadurch geringer. Aber die Erfahrung lehrt, dass das Angebot Dritter häufig vielfältiger ist, als es ein kommunales Angebot sein kann.

Kulturelle Bildung

Vielerorts wird ein deutlich zurückgehendes Interesse der Bürgerinnen und Bürger an kulturellen Angeboten beklagt. Mal abgesehen davon, dass bei genauerem Hinsehen in einigen Fällen nur eine Verlagerung des Interesses auf Bereiche festzustellen ist, die im klassischen Kulturkanon nicht enthalten sind, sind die angeblich Schuldigen schnell gefunden: Der gesellschaftliche Wandel, die neuen Medien, etc. etc.

Eine der Hauptursachen scheint mir woanders zu liegen: Die Einrichtungen und Angebote der Kulturellen Bildung halte ich für völlig unzureichend. Wir dürfen uns über eine kulturelle Verarmung in der Gesellschaft nicht wundern, wenn die Einrichtungen, in denen kulturelle Bildung betrieben wird, zunehmend vernachlässigt werden - goldene Zeiten haben diese Einrichtungen ohnehin nicht erlebt.

Ein Schwerpunkt kommunaler Kulturpolitik muss also die Sicherung und die Intensivierung kultureller Bildung sein. Damit rücken die Aspekte der schulischen Angebote und, mehr noch, die Aspekte der außerschulischen Bildung nach vorn.

Demografischer Wandel

Über den demografischen Wandel in unserer Gesellschaft ist vieles gesagt und geschrieben worden. Nach meiner Einschätzung wird diese Problematik aber zu sehr auf die Veränderungen in der Altersstruktur reduziert. Auch die Sozialstruktur bekommt ein neues Gesicht. Nicht nur die Verteilung der Altersgruppen ändert sich, auch beispielsweise der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund wächst. Aus diesen Änderungen entstehen Herausforderungen auch für die Kulturpolitik, aber auch Chancen. Chancen auf eine stärkere Beteiligung der Menschen an den Gestaltungsprozessen. Chancen auf eine vielfarbige Kultur.

Aktive Betätigung vor Kulturkonsum

Der Schwerpunkt der Kulturarbeit muss in der Förderung derjenigen Angebote liegen, welche die Bürger zu eigener Aktivität motivieren. Eine Nachhaltigkeit ist eher mit Herausforderungen zum beispielsweise eigenen Gestalten, Musizieren, zum eigenen Kultur-Erleben zu erzielen, als mit dem kurzzeitigen Genuss von Kulturereignissen. Ich rede nicht vom Verzicht auf letztere Angebote, sondern von einer Priorisierung der ersteren..

An bestätigenden Beispielen ist kein Mangel. Dort wo eine Volkshochschule ein Theaterseminar anbietet, wo eine Künstlerinitiative kreative Kurse offeriert, dort werden auch die Theaterabende und Vernissagen sich eines besseren Zuspruchs erfreuen.

Woran ließe sich nun eine gute Kulturpolitik messen? Ich versuche, mit den folgenden vier Begriffen mögliche Ansatzpunkte für eine Bewertung darzustellen:

1. Teilhabe und Integration

Wenn eines der wichtigsten politischen Ziele darin besteht, allen Menschen in der Gesellschaft die Teilhabe an allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu ermöglichen, dann gilt das unvermindert auch für die Ermöglichung der Teilhabe am

kulturellen Leben. Kulturpolitik hat deshalb insbesondere die Integration von Menschen in den unterschiedlichsten Lebenslagen zu ermöglichen.

Das gilt für ältere Menschen ebenso wie für jüngere, das gilt für Männer wie für Frauen, das gilt für Menschen mit irgendeiner Form von Behinderung, das gilt unabhängig vom Bildungsabschluss, das gilt unabhängig von der Frage der kulturellen Herkunft.

2. Erreichbarkeit

Mit diesem Begriff ist gleich eine ganze Reihe von Voraussetzungen gemeint. Die „geografische Erreichbarkeit“ ist hierbei noch recht einfach zu fassen. Nutzer von kulturellen Angeboten müssen in der Lage sein, die betreffende Veranstaltung überhaupt erst zu besuchen. Die Distanz zum Veranstaltungsort ist gerade im ländlichen Raum ein großes Problem. Der ÖPNV bietet in der Regel keine hinreichenden Möglichkeiten. Fantasievolle Lösungen wie Bürgerbus-Initiativen können helfen. Ein anderer Aspekt: für Menschen in besonderen Lebenslagen sind manche Angebote buchstäblich unerreichbar. Behinderte Menschen werden Veranstaltungen in Räumen, die nur über Treppen erreichbar sind, in der Regel meiden. (Die Forderung der Behindertenverbände geht übrigens nicht dahin, dass der Veranstalter Helfer bereitstellt - gefordert wird regelmäßig die Möglichkeit, dass behinderte Menschen ohne fremde Hilfe ein Angebot wahrnehmen können. Eine Forderung, die dem angestrebten Abbau von Diskriminierungen Rechnung trägt.)

Ferner zu beachten ist die „ökonomische Erreichbarkeit“. Auch wenn in vielen Fällen kulturelle Angebote nur einen geringen Teil ihrer Kosten durch Eintrittsgelder decken, wirkt dennoch die Gestaltung der Kosten, die zur Wahrnehmung des Angebotes zu tragen sind, prohibitiv. Allerdings muss zugestanden werden, dass die Erfahrung der vergangenen Jahre uns gelehrt hat, dass die Höhe des Eintrittspreises für den Entschluss des Nutzers zur Teilnahme in der Regel nicht ausschlaggebend war. Selbst Angebote zum Null-Tarif wurden nicht wahrgenommen.

Deshalb müssen wir auch über die „mentale Erreichbarkeit“ sprechen. Hier scheint mir die größte Herausforderung zu liegen. Die Kulturpolitik muss ihren

Beitrag leisten, Schwellenängste abzubauen. Die kulturelle Bildung ist ein Werkzeug, Angebote für mehr Menschen zu öffnen und Barrieren abzubauen.

3. Qualität

Dieser Begriff darf in der Aufzählung nicht fehlen. Kulturpolitik darf nicht beliebig sein. Oder anders formuliert: Beliebigkeit und Qualität sind unverträglich.

Die Bewertung der Qualität von Kulturangeboten kann allerdings sinnvoll nur unter Berücksichtigung des Ortes, der Akteure und ihren Absichten und Voraussetzungen und der Nutzer und deren Wünschen und Voraussetzungen erfolgen.

Eine gute Publikumsresonanz allein ist überhaupt kein Indiz für Qualität, ein schlechtes Publikumsecho aber auch kein Beweis für deren Mangel. Professionelle Akteure sind kein Garant für professionelles Handeln.

Allerdings muss ich zugeben: ein verlässliches Rezept zur Qualitätsbeurteilung von Kultur gibt es nicht. Darüber allerdings sollten wir letztlich ganz froh sein.

4. Wiedererkennbarkeit

Ich habe beobachtet, dass kulturelle Angebote in der Regel erfolgreicher sind, also ihre Adressaten besser erreichen, wenn sie eine Art Reihencharakter aufweisen. Ich kann nur vermuten, dass die Bevorzugung vertrauter Strukturen und gewohnter Inhalte etwas mit dem Wunsch der Rezipienten zu tun hat, sich nicht stets neu orientieren zu wollen.

Die Philosophie der Veranstalter geht oft andere Wege: Da wird dem *event* der Vorrang eingeräumt gegenüber der Kontinuität. Ich halte das für einen verhängnisvollen Weg. Zum einen ist zwangsläufig ein immer höherer Aufwand zu treiben, um das nächste *event* als eine Steigerung gegenüber dem vorangegangenen darstellen zu können. Und inhaltlich werden für diese „Strohfeuer“ immer eigenartigere inhaltliche thematische Konstruktionen erforderlich sein, um den Wunsch nach stets steigender Reizung zu erfüllen.

Es ist also eine Aufgabe der Kulturpolitik, dieser Entwicklung durch Kontinuität entgegen zu steuern.

Ein kleines Schlusswort aus aktuellem Anlass:

Der Landeskulturverband Schleswig-Holstein hat in den 60 Jahren seines Bestehens eine Fülle von Ideen und Impulsen hervorgebracht. Der „KulturCent“ war eine solche Idee.

Zum Beispiel: 1 Cent von jeder verkauften Mineralwasserflasche, eine wunderbare Sache.

Dieses Beispiel ließe sich angesichts der aktuellen Finanzkrise in seiner Wirkung aber mit Leichtigkeit übertreffen: Von jedem Euro des milliardenschweren Rettungspaketes der Bundesregierung jeweils ein Cent für Kultur und kulturelle Bildung!

Literatur

Max Fuchs: Grundversorgung kulturelle Bildung. Zur Rolle der Kommune.
Vortrag im Rahmen der Veranstaltung „Kulturelle Bildung in der Kultur-
Entwicklungsplanung“, Dresden: 30.06.2004

Hermann Glaser: Aufgaben und Ziele kommunaler Kulturpolitik.
Impulsreferat zur Veranstaltung „Kommunale Kulturpolitik zwischen Sparzwängen
und sozialem Auftrag“, Saarbrücken: 21.07.2005

Armin Klein: Kulturpolitik. Eine Einführung.
Wiesbaden: 2005. 2., überarb. und aktual. Auflage

Bundes-SGK: Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik
in der Bundesrepublik Deutschland e.V.:
Diskussionspapier „Aktivierende Kulturpolitik als Baustein des strukturellen Wandels
begreifen - Innovationen fördern“
Berlin: 01. März 2002

Leitlinien für die kommunale Kulturförderung der Landeshauptstadt Kiel
Kiel: 10. Oktober 2002

Kultur-Konzept Freiburg. Leitbild kulturelle Stadtentwicklung.
Freiburg: 31. Oktober 2006